

Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Für einen Strategiewechsel in der Rentenpolitik

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl verstärkt die IG Metall den Druck auf die Politik. Unter dem Motto „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ fordert sie ein Reformprogramm für die Rückkehr zu einer verlässlichen und ausreichenden Alterssicherung – und hat im Juli 2016 konkrete Vorschläge hierfür präsentiert. Zwischenzeitlich hat Ministerin Nahles angekündigt, eine untere „Haltelinie“ beim Rentenniveau zu ziehen.

„Mit einem Paukenschlag startet die IG Metall die Rentendebatte“, schrieb das Handelsblatt am 21.7.2016 und bezog sich damit auf die gewerkschaftlichen Vorschläge für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Im Zentrum steht die Forderung, das Niveau der gesetzlichen Rente zunächst zu stabilisieren und perspektivisch anzuheben – damit sich auch die jüngeren Generationen noch auf eine angemessene Absicherung im Alter verlassen können. Auf einer DGB-Veranstaltung kündigte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nun ihre konkreten Vorstellungen für ein stabiles Rentenniveau für den November 2016 an. Danach soll es in Zukunft eine Haltelinie für das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente geben. Details nannte sie allerdings noch nicht.

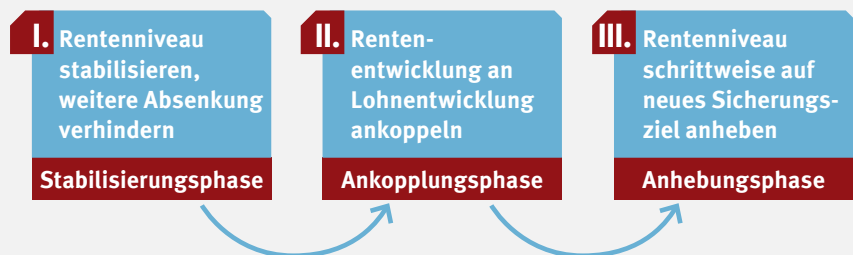
Für eine Rente mit Niveau

Der Vorschlag der IG Metall ist da konkreter: Mit einem Drei-Phasen-Konzept soll zunächst der Wertverlust der Renten gegenüber den Löhnen gestoppt werden. Dann soll eine schrittweise Anhebung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente erfolgen:

- In einer Stabilisierungsphase muss zunächst das weitere Absinken des gesetzlichen Rentenniveaus umgehend gestoppt werden.

Das Drei-Phasen-Konzept der IG Metall

In drei Schritten zu einer gesetzlichen Rente, die wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards leistet. Die konkrete Höhe sowie die Geschwindigkeit soll in einer gesellschaftlichen Debatte definiert werden.



Grafik: IG Metall SOPAINFO



- In der nachfolgenden Ankopplungsphase muss dafür gesorgt werden, dass die Renten sich wieder vollständig an der Lohnentwicklung orientieren.
- Anschließend soll das Rentenniveau auf ein neues Sicherungsziel angehoben werden und wieder einen höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten. Mit welcher Geschwindigkeit auf welche Höhe angehoben wird, sollte zuvor gesellschaftlich diskutiert werden.

Ein Vorschlag zur Diskussion

Für die konkrete Umsetzung macht die IG Metall einen zweistufigen Vorschlag: Als Orientierungsgröße für

eine neue Standardrente könnte zunächst das Gesamtversorgungsniveau aus dem jährlichen Rentenversicherungsbericht dienen, das sich aus gesetzlicher Rente (aktuell 1.370 Euro) und unterstellten Einkünften aus einem Riester-Vertrag in Höhe von 80 Euro zusammensetzt – also 1.450 Euro. Doch die Erwartungen in die Riester-Rente haben sich nicht erfüllt, die Verbreitung ist gering (vgl. SOPAINFO Nr. 36). Die IG Metall schlägt daher vor, sich zwar an dem Ziel zu orientieren, die Gesamtversorgung zukünftig aber vollständig mit der gesetzlichen Rente zu ermöglichen. Darüber hinaus sollten die erwerbsbiografischen Annahmen der Stan-

dardrente auf den Prüfstand. Eine durchgängige Erwerbsbiografie von 45 Jahren immer mit Durchschnittseinkommen (aktuell 3.000 Euro brutto) und somit 45 Entgeltpunkten auf dem Rentenkonto ist unrealistisch. Tatsächlich kommen selbst langjährig Versicherte (mind. 35 Versicherungsjahre) nur auf 43 Entgeltpunkte. Ausgerichtet an dieser Realität sollten daher 43 Entgeltpunkte zum Bezugspunkt für die neue Standardrente werden.

Das Ergebnis wäre eine Standardrente in heutigen Werten von 1.450 Euro, die mit 43 Entgeltpunkten erreicht wäre. Dies würde das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente für Alle deutlich verbessern. Verglichen mit dem Rentenniveau von 43 Prozent, das im Jahr 2030 möglich ist, lägen die Renten rund 22,5 Prozent höher.

Daneben fordert die IG Metall weitere Maßnahmen etwa zur Verhinderung von Altersarmut und für flexible Übergangsoptionen in den Ruhestand. Zudem soll die betriebliche Altersversorgung als zweite tragende Säule für eine individuelle Lebensstandardsicherung gestärkt werden.

Solidarische Finanzierung

Die Vorschläge können natürlich nicht zum Nulltarif finanziert werden. Nach heutigen Annahmen steigt der Beitragssatz ab 2021 aber ohnehin bis auf 22 Prozent im Jahr 2030 – allerdings bei sinkenden Leistungen der gesetzlichen Rente. Denn trotz des momentanen Zwischenhochs steuert die Rentenversicherung sehenden Auges auf ein massives Unwetter zu, wenn die Politik das Ruder nicht herumreißt. Die IG Metall fordert daher einen aus-

gewogenen Finanzierungsmix für bessere Leistungen. So muss umgehend mit dem Aufbau einer Demografie-Reserve in den Phasen begonnen werden, in denen die Beitragseinnahmen die Ausgaben der Rentenversicherung übersteigen. Für die Finanzierung von Elementen des sozialen Ausgleichs wie etwa der Mütterrente sind zusätzliche Steuermittel notwendig. Durch eine Erweiterung des versicherten Personenkreises, insbesondere um zukünftige Freiberufler, Selbstständige und Beamte, können mittel- bis langfristig zusätzliche Finanzspielräume eröffnet werden.

Erst wenn die Effekte dieser Erwerbstätigenversicherung und der Demografie-Reserve nachlassen, könnte eine moderate Anhebung des Beitragssatzes notwendig werden – maximal auf 25 Prozent. Für Durchschnittsverdiener wären das höchstens 45 Euro mehr im Monat bei einer um 280 Euro höheren Standardrente. Zweifellos ein gutes Geschäft – und für die Arbeitnehmer zu verkraften, da sich die Arbeitgeber zur Hälfte beteiligen müssten. Beim aktuellen Weg der Teilprivatisierung der Alterssicherung hingegen müssen gerade die Jüngeren den sinkenden Rentenleistungen mit immer größeren Teilen ihres Einkommens allein und an unsicheren Kapitalmärkten hinterherscharen.

Kampagne „Mehr Rente – Mehr Zukunft“

Mit dem Slogan „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ bringt die IG Metall ihre Forderungen in ihrer Rentenkampagne zum Ausdruck. Es geht um die solidarische Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung – einer der zent-



„Wenn die Politik jetzt beim Rentenniveau über Haltelinien nach unten diskutiert, dann ist das eine erste zaghafte Bewegung. Aber das muss schnell kommen. Haltelinien nach 2030 brauchen wir nicht. Wir müssen jetzt den Sinkflug stoppen und dann über die Anhebung des Niveaus reden!“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

ralen Errungenschaften des deutschen Sozialstaats. Die gesetzliche Rente muss nicht nur vor Armut schützen, sondern wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards leisten.

**Mehr Informationen zur
Kampagne und den
Forderungen der IG Metall:**

➔ mehr-rente-mehr-zukunft.de

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Stefanie Janczyk, Thomas Krischer, Dirk Neumann
www.sopo-info.de

Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.